

# Finanzmarktkrise – Grippe für die Wirtschaft?

Zahlreiche Institute haben in jüngster Zeit ihre Wachstumsprognosen nach unten korrigiert. Die weltweite Verlangsamung des Wirtschaftswachstums nun allein auf die Subprime-Krise zurückzuführen greift jedoch zu kurz. Bereits Mitte 2007 waren Indikatoren erkennbar, die auf ein rückläufiges Wachstum hindeuteten. Zu nennen sind beispielsweise anziehende Rohwarenpreise, eine Überhitzung von Immobilienmärkten oder strukturelle Ungleichgewichte. Economiesuisse hat daher schon im Spätherbst die Prognosewerte für 2008 mit 1,6 Prozent vorsichtig gewählt. Von der gegenwärtigen Finanzmarktkrise geht aber ein zusätzlicher Bremseffekt aus.

Eine solche Entwicklung hinterlässt auch in der exportorientierten und international ausgerichteten Volkswirtschaft der Schweiz ihre Spuren. Das gilt nicht nur, weil der Finanzdienstleistungssektor in der Schweiz stark ausgeprägt ist, sondern auch, weil die Dynamik bei den Exporten und Investitionen nachlassen wird. Eine rasche Rückkehr zu Wachstumswerten von rund drei Prozent wie in den beiden vergangenen Jahren ist realistischlicherweise nicht zu erwarten. Denn die Erfahrung lehrt uns: Immobilienkrisen dauern wesentlich länger als nur einige Monate.

Aus der jüngsten Finanzmarktkrise müssen Lehren gezogen werden – aufseiten der Branche wie auch auf derjenigen der Aufsichtsorgane. Dabei wurde jüngst intensiv über die Funktionen des Staates diskutiert. Zur Rolle der Zentralbanken und des Staates gilt es folgendes festzuhalten: Die Zentralbanken haben

Als Folge der US-Immobilienkrise schreiben einzelne Banken Milliardenverluste. Wie wirkt sich das auf die Realwirtschaft aus? Und wer muss nun welche Massnahmen ergreifen? Der Economiesuisse-Präsident antwortet.

.....  
VON GEROLD BÜHRER

allein schon aufgrund ihres gesetzlichen Auftrages Vorkehrungen für eine ausreichende Liquidität des Geldmarktes zu schaffen. Die Geldwertstabilität muss aber weiterhin im Zentrum stehen. So verlangt es die Verfassung. Es kann nicht im volkswirtschaftlichen Gesamtinteresse liegen, wenn als Folge von Stützungsmaßnahmen die Saat für einen späteren Inflationsschub gelegt wird. Die Schweizerische Nationalbank verdient hier Vertrauen.

Genauso wenig kann aus marktwirtschaftlicher Sicht akzeptiert werden, dass die als Folge früherer Übertreibungen nun auftretende Strukturereinigung der Branche durch allfällige staatliche Stützungsmaßnahmen

aufgehalten wird. Damit würden hochriskante Geschäftsmodelle geradezu gefördert. Darüber hinaus wären die Folgen für die Glaubwürdigkeit der auf Eigenverantwortung basierenden Marktwirtschaft gravierend.

Es wäre auch falsch, die Lösung solcher Krisen in einer Regulierungslawine zu suchen. Gezielte Verbesserungen seitens der Finanzmarktaufsicht sind dagegen in Betracht zu ziehen. Dabei stehen eine intensiviertere internationale Koordination, eine stärkere Kapitalunterlegung des Investmentbanking sowie eine stärkere Gewichtung von Liquiditätsaspekten im Vordergrund. Primär hat aber die Branche selbst die Herausforderungen zu meistern. Dazu gehören Anpassungen beim Risikomanagement sowie Korrekturen bei asymmetrischen und zu kurzfristig angelegten Anreizstrukturen. Allein schon mit Blick auf die Reputation in der Öffentlichkeit ist hier mehr Zurückhaltung angesagt. Das Institute of International Finance, welches die Interessen von 375 grossen Banken vertritt, hat diese Woche im Sinne der Selbstregulierung erste Vorschläge zur Krisenprävention gemacht.

Die massiven Abschreibungen und Turbulenzen sind für die betroffenen Banken eine ausserordentliche Herausforderung. Umfassende Aufräumarbeiten stehen sowohl auf operativer als auch auf strategischer Ebene an. Es ist angesichts der hohen Bedeutung des Finanzplatzes im Interesse unseres Landes, dass diese zur Vertrauensbildung notwendigen Aufgaben erfolgreich bewältigt werden können.

**Gerold Bühler** ist Economiesuisse-Präsident.